



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Antwort

auf die

Interpellation Nr. 180 2010/2012

von Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion und
Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion
vom 13. April 2011
(StB 724 vom 17. August 2011)

**Wurde anlässlich der
24. Ratssitzung vom
10. November 2011
beantwortet.**

Auswirkungen der Ressourcenknappheit, auch beim Personal

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Zu 1.:

In den ersten drei Monaten 2011 hat die Stadtregierung dem Parlament nur 2 (in Worten: zwei) Berichte und Anträge zugeleitet. Die April-Sitzung des Grossen Stadtrates ist mangels Geschäften ausgefallen, so dass auch dringliche Vorstösse erst nach vielen Wochen diskutiert werden können und die politische Diskussion nur noch auf Sparflamme geführt werden kann. Wieweit ist der Mangel an diskutierbaren stadträtlichen Vorlagen eine direkte Folge der – auch vom Stadtrat festgestellten – Ressourcenknappheit beim städtischen Personal?

Pro Jahr behandelt der Grosse Stadtrat im Durchschnitt zirka 50 Berichte (B) bzw. Berichte und Anträge (B+A). Ab dem Jahre 2011 fallen die B+A zur Einbürgerung weg, dies waren jeweils zirka 12 B+A pro Jahr. Also werden noch zirka 38 B bzw. B+A pro Jahr behandelt. Gemäss Planungsliste des Büros des Grossen Stadtrates sind in diesem Jahr zirka 32 B+A geplant. Erfahrungsgemäss liegen im ersten Quartal weniger B+A zur Behandlung vor, bis Ende April waren es aktuell 8 B+A, was einem Viertel aller B+A dieses Jahres entspricht. Dass bis jetzt weniger B+A zur Behandlung vorlagen, entspricht den normalen Schwankungen. Das Sparpaket hat keinen Einfluss auf die Ausfertigung von B+A.

Zu 2.:

Warum hat der Stadtrat das Parlament im vergangenen Frühling nicht darüber informiert, dass er wegen der Ressourcenknappheit den Umfang von B+A's auf das Nötigste beschränken will?

Der Stadtrat hat der Verwaltung in Erinnerung gerufen, dass die B bzw. B+A nicht umfangreicher als nötig abgefasst werden sollen. Für den Stadtrat bestand dabei kein Anlass, das Parlament zu informieren. Er erachtet dies als Daueraufgabe und eigentlich als eine Selbstverständlichkeit.

Zu 3.:

Welche Projekte aus den verschiedenen Direktionen hat der Stadtrat im vergangenen Jahr 2010 wegen Ressourcenmangel nach hinten verschoben?

Der Stadtrat selbst hat lediglich das Projekt Gütschweg nicht zur Realisation freigegeben. Er orientiert sich bei der Projektplanung an folgenden Rahmenbedingungen: Bei der Aufnahmen von strategisch wichtigen Projekten werden die sachlichen, betrieblichen und politischen Aspekte gewichtet. Überdies orientiert man sich an der Notwendigkeit und Dringlichkeit des Vorhabens. Zudem muss sich vor allem bei Bauprojekten der kostenmässige Umfang nach dem Rahmen des städtischen Finanzhaushalts richten. Da sich die Gewichtung wie auch die finanziellen Mittel im Lauf der Zeit ändern, sind Verschiebungen auf der Zeitachse normal. Ein Mangel an Ressourcen hat in den letzten Jahren jedoch nicht zu Verschiebungen geführt, die nicht auch sachlich und betrieblich begründet werden konnten und deren Notwendigkeit und Dringlichkeit einen Aufschub nicht zugelassen hätten.

Die Finanzplanung der Stadt zeigt für die kommenden Jahre Defizite in der Rechnung auf. Dass dies alles auch eine Verknappung der Mittel für Investitionsprojekte zur Folge haben muss, erscheint folgerichtig. Es ist deshalb absehbar, dass in näherer Zukunft Projekte vor allem aus finanziellen Gründen auf der Zeitachse verschoben werden könnten. Projekte, die sich in einer fortgeschrittenen Planungsphase befinden oder deren Realisierung bereits begonnen wurde, werden davon jedoch eher nicht betroffen sein.

Zu 4.:

Die Leiterinnen und Leiter der Dienstabteilungen berichten regelmässig über die Belastung der Mitarbeitenden inklusive des Kaders, insbesondere auch was Überzeit und Probleme wegen Überlastung, Absenzen und aufgelaufener Ferienguthaben betrifft. Welche Ergebnisse ergaben diese Trimester-Berichte in den verschiedenen Direktionen seit Anfang 2010?

Der Stadtrat hat an seinen Sitzungen im April und im Dezember 2010 das Ressourcenthema aufgenommen und die Direktionen beauftragt, im Rahmen der Berichterstattung zum Trimestercontrolling die Belastungssituation regelmässig zu besprechen. In allen fünf Direktionen besteht eine Belastungssituation, die sich gegen Ende 2010 verschärft hat. Dies hat den Stadtrat veranlasst, eine Umfrage durchführen zu lassen und den Bedarf an zusätzlichen Personalressourcen zu erheben.

Im Frühling 2011 hat der Stadtrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt zur nachhaltigen Sicherung des städtischen Finanzhaushaltes. Dieser Arbeitsgruppe wurde der oben erwähnte Zusatzauftrag erteilt, eine Umfrage bei allen Direktionen zur personellen Situation zu machen. Im Sommerseminar 2011 hat der Stadtrat eine Auslegeordnung des zusätzlichen personellen Bedarfs behandelt und entsprechende Ressourcen über Nachtragskredite bewilligt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass sowohl die Kernaufgaben der Stadtverwaltung wie auch die

prioritären strategischen Projekte der Stadt Luzern auch in Zukunft erfolgreich durchgeführt werden können.

Zu 5.:

Erwägt der Stadtrat weiterhin eine Einschränkung der Öffnungszeiten der Verwaltung wie auch des Telefondienstes gegen aussen? Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, dass ein kundenfreundliches Funktionieren der Stadtverwaltung und die zügige Erledigung der politischen Entscheide (auch im Parlament) ebenso gewährleistet sind wie ausreichende personelle Ressourcen?

Der Stadtrat sieht keine Gründe, die Öffnungszeiten der Stadtverwaltung zu ändern. Die Stadtverwaltung ist von Montag–Freitag von 8.00–12.00 Uhr und von 13.30–17.00 Uhr geöffnet, das Steueramt am Donnerstag bis um 18.30 Uhr. Zusätzlich zum Steueramt haben auch die Einwohnerdienste donnerstags die Schalter bis 18.30 Uhr geöffnet, zudem beide Dienste jeweils auch über (jeden) Mittag. Von diesem Angebot ausgenommen sind 4 Wochen während der Sommerferien.

Die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden ändern sich laufend, v. a. auch mit dem Trend zur 24-Stunden-Gesellschaft. Darum ist der Stadtrat der Ansicht, dass die On-line-Angebote weiter ausgebaut werden sollten. Dies im Sinne einer hohen Dienstleistungsorientierung.

Der Stadtrat von Luzern